



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. September 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 366 Postulat Özvegyi András und Mit. über Förderprogramm Energie 2020 aus dem Stillstand holen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 366 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. András Özvegyi hält an der Dringlichkeit fest.

András Özvegyi: Wir waren überrascht, dass der Regierungsrat die dringliche Behandlung ablehnt. Ich möchte betonen, dass das Förderprogramm aktuell eingestellt ist. Wir können das heute diskutieren, es allenfalls retten und Geld sprechen. Es geht um Gelder für die Monate September, Oktober, November und Dezember, und darum verträgt mein Anliegen keinen Aufschub. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Korintha Bärtsch: Auch die G/JG-Fraktion will an der Dringlichkeit festhalten. Das Energieförderprogramm lief Ende August 2020 aus. Es geht jetzt darum, die Mittel bis Ende Jahr bereistellen zu können. Wenn der Vorstoss nicht dringlich erklärt wird, ist er bis Ende Jahr obsolet. Andererseits haben wir den Klimanotstand ausgerufen, der Vorstoss hat deshalb ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht. Wir sehen nicht ein, warum die Dringlichkeit abgelehnt werden sollte. Wenn man mit dem Postulat nicht einverstanden ist, kann man es für dringlich erklären und dann ablehnen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wir haben bereits in der letzten Session ein Postulat in diese Richtung behandelt. In der Zwischenzeit haben wir den Bund angefragt, ob man das Förderprogramm weiter erhöhen könne. Der Bund hat dies abgelehnt, es können jedoch Überverpflichtungen gemacht werden, die der Bund nächstes Jahr zurückzahlen will. Das haben wir auch gemacht. Die Regierung ist der Meinung, dass es nicht dringlich ist, heute bereits wieder zu diesem Thema zu debattieren, weil wir auch einen geltenden Aufgaben- und Finanzplan haben. Wir werden das Postulat aber zügig beantworten, sodass es an der nächsten Session behandelt werden kann, sofern die Geschäftsleitung des Kantonsrates dem zustimmt.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.